

Wolfenbütteler AtomAusstiegsGruppe  
c/o Eleonore Bischoff, Fallsteinweg 8, 38302 Wolfenbüttel



An das  
Bundesumweltministerium  
z. Hd. Herrn Altmaier

Stresemannstraße 128 – 130  
10117 Berlin

Wolfenbüttel, den 22.10.12  
CC Asse 2-Begleitgruppe

## **Asse II – Nur das Handeln zählt!**

Sehr geehrter Herr Altmaier,

aus unserer Sicht bestehen erhebliche Zweifel daran, ob die Rückholung ernsthaft und zielorientiert betrieben wird. Es gibt viele Gründe dafür und etliche Fragen dazu:

1. Die Klagen des BfS, dass die Auflagen des Landesumweltministeriums (LMU) zu hoch seien, haben wir empört nachgeplappert, bis wir erfuhren, welche Auflagen als überhöht und nicht erfüllbar bezeichnet wurden, z. B. zwei Tanklastzüge mit Stickstoff zur Bekämpfung eines untertägigen Brandes. Die Auflage halten wir für sinnvoll und sie konnte mittlerweile erfüllt werden.  
U. a. aufgrund dieses Beispiels stellt sich die Frage, wieso der Antrag des BfS beim LMU so umfangreiche Auflagen bzw. Rückfragen zur Folge hatte. Das BfS müsste als – eigentliche – Aufsichtsbehörde doch die Kompetenz besitzen, den Antrag so zu stellen, dass vom LMU keine (umfangreichen) zusätzlichen Auflagen, wie oben aufgeführt, erforderlich werden.

### **Waren es unangemessene Auflagen bzw. Anfragen des LMU oder war es eine mangelhafte Antragstellung des BfS?**

Es ist dringend zu klären, ob **Inkompetenz oder Absicht** vorlag. Beides führt zu Zeitverzögerungen.

2. Lt. Aussagen des jetzigen kaufmännischen Geschäftsführers der Asse GmbH, Professor Lennartz, hat er mit der Firma Wibera für den Arbeitskreis Endlagersuche des Bundesumweltministeriums zwischen 2000 und 2002 den Begleitprozess als Baustein für Öffentlichkeitsbeteiligung theoretisch entwickelt.

Wurde diese beauftragte Ausarbeitung vom damaligen Bundesumweltministerium veröffentlicht?  
Wenn ja, wo? Wenn nein, warum nicht?

3. Professor Lennartz ist auch für die Arbeitsverträge der Asse GmbH zuständig. Bei den vom vorherigen Betreiber abgeschlossenen befristeten Arbeitsverträgen handelte es sich um eine Befristung nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 TzBfG. Der damalige Betreiber wollte die Schachanlage Asse II schließen, somit lag ein sachlicher Grund für die Befristung vor.  
Dieser sachliche Grund liegt spätestens seit Januar 2010 nicht mehr vor. Ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes ist ein Arbeitsvertrag nach § 14 Abs. 2 TzBfG nur bis zur Dauer von zwei Jahren zulässig.

Nach welcher rechtlichen Grundlage wurden die Verträge (immerhin über 100) durch den neuen Betreiber bis 2015 befristet?

Warum wurden die Verträge (auch die, die bis 2013 befristet sind) nicht schon Anfang 2010 entfristet?

4. Auf der öffentlichen Veranstaltung am 25.9.12 in der Lindenhalle wurde gesagt, dass von der Asse GmbH 2011 ein Rechtsgutachten zum Thema Entfristung der Beschäftigungsverhältnisse in Auftrag gegeben wurde. (Das ist für den Fall, dass von Arbeitgeberseite eine Entfristung vorgesehen ist, mindestens ungewöhnlich.) Im Mai/Juni dieses Jahres habe das Ergebnis vorgelegen, davon sei das BMU unterrichtet worden.

Wie lautete der Auftrag für das Rechtsgutachten bzw. aus welchem Grund wurde er erteilt?

An welche Kanzlei wurde er erteilt?

Was besagt das Gutachten?

Kennt die Begleitgruppe und der Betriebsrat das Gutachten?

5. Bei unserem Gespräch im Bundesumweltministerium, das nach der Übergabe der Unterschriftenliste stattfand, wurde von Herrn Hennenhöfer gesagt, dass die Kompetenz, die Arbeitsverträge zu entfristen, bei Herrn König und nicht beim Bundesumweltministerium läge. Danach hieß es auch hier, dass jetzt grünes Licht (von wem auch immer) für die Entfristung vorläge.

Wurden die Verträge mittlerweile entfristet? Wenn nein, warum dauert das so lange?

Liegt der Grund vielleicht darin, dass eine Klausel in die neuen Arbeitsverträge aufgenommen werden soll, für den Fall, dass der Müll doch nicht herausgeholt wird?

Wenn ja, welche und warum?

Ist die Begleitgruppe informiert?

6. Bis zum letzten Jahr erhielten die Beschäftigten der Asse GmbH gemäß Haustarifvertrag 58 % des Lohns der Beschäftigten von Schacht Konrad in Salzgitter und in Gorleben. Da nur in Asse II Atommüll lagert, wäre eine höhere Bezahlung eher für die Beschäftigten der Asse GmbH gerechtfertigt als umgekehrt.

Wurden diese 58 % bei allen Beschäftigungsverhältnissen bezahlt – einschließlich kaufmännischem Leiter?

Wenn nein, ab welcher Hierarchiestufe bzw. Eingruppierung wurde mehr gezahlt?

Wie wurde die Bezahlung im letzten Jahr angeglichen?

7. Oder ist es so, dass die DBE (Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe) ihren Beschäftigten unverhältnismäßig hohe Löhne zahlt?  
Gründe dafür gäbe es bei umstrittenen „Endlagern“ sicherlich.  
Auf jeden Fall scheint das Interesse der DBE größer zu sein, ihre Leute gut zu stimmen.  
Außerdem werden der DBE durch ihren unkündbaren Vertrag 3,25 % Gewinn an ihren Ausgaben garantiert. Durch hohe Kosten macht die DBE also noch mehr Gewinn mit ihrem eigenen Müll. Als die DBE noch eine bundeseigene Gesellschaft war, machten Unkündbarkeit und Gewinngarantie Sinn. Da sie jetzt zu 75% der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) gehört, ein Tochterunternehmen der Atomstromproduzenten, handelt es sich bei dem unkündbaren Vertrag mit Gewinngarantie um eine Gelddruckanlage.

Das Thema gehört auch hierher, da die Gewinne der DBE in Gorleben und Schacht Konrad der Atomindustrie zugute kommen, die Ausgaben für die Rückholung des Mülls aus Asse II aber von den SteuerzahlerInnen gezahlt werden müssen. Deshalb die Frage:

Wie beurteilt das Bundesumweltministerium diesen Vertrag mit der DBE nach der Privatisierung?

8. Es heißt, an Geld solle die Rückholung nicht scheitern (was Sinn macht, denn alles andere wird noch teurer – in jeder Hinsicht).  
Das BfS hat für den Bereich Asse II (wir hoffen zur Beschleunigung der Rückholung) 85

zusätzliche Stellen für das Haushaltsjahr 2013 beantragt. Vom Bund wurden bisher nur 50 Stellen unter dem Vorbehalt der Haushaltszustimmung bewilligt. (Die Arbeitsplätze der Asse GmbH sind darin nicht enthalten, da sie keine Stellen bewilligt bekommt, sondern Geld zur Finanzierung der Stellen.)

Welche Stellen wurden vom BfS für das BfS beantragt? Welche Stellen wurden nicht bewilligt und warum? Zu wann wurden sie beantragt bzw. bewilligt?

Für wie viele Stellen und für welche Stellen wurden vom der Asse GmbH Geld beantragt?

9. Zur Zeit sind lt. der Internetseite des BfS drei Stellen ausgeschrieben (der/die Fachbereichsleiter/in „Sicherheit und Staatliche Verwahrung“, der/die „ReferentIn für die Organisation von Sitzungen, Besuchs- bzw. Besprechungsterminen im Präsidialbereich“ und der/die „HaushandwerkerIn“ in der Projektgruppe „Bau- und Liegenschaftsangelegenheiten in Salzburg“).

Natürlich können keine Arbeitsverträge abgeschlossen werden, so lange der Haushalt nicht verabschiedet wurde, aber die Suche nach potenziellen Fachleuten müsste längst laufen.

Eine Besetzung der Stellen zum 1.1.13 mit qualifizierten Fachleuten ist zum jetzigen Zeitpunkt schon fast nicht mehr möglich.

Warum wurden die anderen Stellen noch nicht ausgeschrieben?

Wann werden die anderen Stellen ausgeschrieben?

10. Dazu kommt, dass die bewilligten Stellen von ihrer Wertigkeit abgestuft wurden, was bedeutet, dass weniger Gehalt angeboten werden kann. Damit sinkt zusätzlich die Hoffnung, qualifizierte Fachleute zu bekommen, denn die Industrie zahlt in den meisten Fällen mehr als der öffentliche Dienst. Neulinge brauchen eine entsprechend längere Einarbeitungszeit und die kostet den jetzigen Beschäftigten wiederum Zeit.

Wurde die Organisationsstruktur schon an die neue Beschäftigtenzahl angepasst?

Wenn nein, warum nicht?

Wie stellt das BfS eine qualifizierte und schnelle Einarbeitung der neuen Beschäftigten sicher?

Wie viele Beschäftigte sollen wie viele neue Beschäftigte einarbeiten?

Können Beschäftigte aus dem Bereich „Gorleben“ und „Schacht Konrad“ solange unterstützen, bis die neuen KollegInnen eingearbeitet sind, damit es durch die Einarbeitung nicht zu Verzögerungen anstatt Beschleunigung kommt?

11. Die **Informationssarbeit** des BfS lässt erheblich zu wünschen übrig:

Ein Workshop mit 110 Experten wird sicherlich nicht innerhalb eines Wochenendes geplant. Wieso wurde die öffentliche Veranstaltung des BfS, die im Anschluss an den Workshop stattfand, erst einen Tag vorher in der Zeitung angekündigt?

Es wird nicht regelmäßig über den Fortgang oder Nichtfortgang der Arbeiten informiert, die Asse Einblicke erscheinen nur alle drei Monate. Bei der letzten Ausgabe handelte es sich eher um Hofberichterstattung als um tatsächliche Informationen zum Stand der Arbeiten. Die Vorderseite zeigt das Foto von Ihrem Besuch, als Sie mit noch vier Herren den roten Knopf zum Start des Anbohrens drücken durften. Als das Foto am 1. Juni entstand, war die Freude verständlich. Die Asse-Einblicke erschienen aber am 11. August, da waren die erheblichen Probleme bei der Anbohrung bekannt (ursprünglich mit 6 Wochen veranschlagt, zwischenzeitlich unterbrochen und noch nicht beendet). Dazu **kein** Wort in den Asse Einblicken. Keine Informationen dazu, was in den letzten drei Monaten gemacht wurde. Bunte Bilder, wie das Anbohren theoretisch laufen soll und viele Streicheleinheiten für die Begleitgruppe.

Wer bestimmt den Inhalt? Nimmt das BMU Einfluss auf die Asse Einblicke?

Wie viele Leute sind beim BfS, Asse-Info-Zentrum und der Asse GmbH für die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Asse II beschäftigt?

Wie hoch ist der Anteil im Haushalt des BfS, der für den Bereich Asse II für Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben wird? In welchem Verhältnis steht die Anzahl der Beschäftigten, die für die Fachbereiche arbeiten, zu denen, die für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind?

12. Auf die Frage, ob es einen aktuellen Prüfauftrag zur Langzeitsicherheit beim Verbleib des Atommülls in der Asse gibt, machte die Vize-Präsidentin, Frau Nöthel, dann der Pressesprecher, Herr Nording und dann wieder die Vize-Präsidentin die unterschiedlichsten Angaben, wer warum wann den Auftrag gegeben hat. Eine Variante war, dass die Berichterstatter der Bundestagsfraktionen bei einer Besprechung zum neuen Asse-Gesetz eine Untersuchung der Langzeitsicherheit verlangt hätten. Zum Schluss blieb es bei „BfS-interner Auftrag vom 19.9.2012“.

Unabhängig von den vielfältigen Begriffsänderungen und unterschiedlichen Auftraggebern wurde die **Begleitgruppe nicht vor Auftragserteilung informiert**. Erst durch eine Nachfrage aus der Bevölkerung am 25.9.12 erfuhr sie davon. Bei ernstgemeinter Transparenz und vertrauensvoller Zusammenarbeit wäre die Information vorher und - bei diesem heiklen Thema - schriftlich mit **Aushändigung des Originalauftrages** erfolgt.

Wie kam es dazu, dass von Seiten des BfS so unterschiedliche Angaben zum Auftrag und zum Auftraggeber gemacht wurden?

Wessen Name steht unter dem Auftrag vom 19.9.12?

**Wir bitten Sie, uns den schriftlichen Auftrages vom 19.9.12 zukommen zu lassen.**

Liegt er der Begleitgruppe zwischenzeitlich vor?

13. Es fällt auf, dass sich der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz in letzter Zeit nicht mehr öffentlich zu Vorgängen im Zusammenhang mit Asse II äußert, z. B.

- als letztes Jahres ein Schreiben aus dem BfS an das BMU ging
- als es Probleme mit den Bitumen bei der Anbohrung der Kammer 7 gab
- als Frau Nöthel und Herr Nording die unterschiedlichsten Aussagen zu Auftrag und zu Auftragsgebern zur Prüfung der Langzeitsicherheit bzw. der Betrachtungen oder Konzeptstudien gaben (siehe Punkt 12)

Aktuell gibt es die Nachricht, dass bei der Anbohrung nach 24,50 m die Kammer noch nicht erreicht wurde. Auf der Internetseite des BfS steht dazu nichts. Auch in der Presse äußerte sich Herr König nicht.

Auf der Seite der Asse GmbH werden Wochenberichte über die wesentlichen betrieblichen Arbeiten und aufgetretenen Probleme gestellt. Dabei kann es sich aber nicht um die offizielle Information der Bevölkerung handeln.

Wer ist beim BfS der/die oberste Verantwortliche für die Rückholung? Gab es eine Änderung in der Zuständigkeit?

Gibt es eine strikte Aufgaben- und Kompetenzteilung zwischen Asse GmbH und BfS als Betreiber? Ist sie schriftlich festgelegt? Wenn ja, bitten wir um Information.

Selbst wenn die Asse GmbH die Planungen übernommen hat, hat das BfS als Betreiber nicht trotzdem die Aufsicht oder Prüfung zu übernehmen, und damit auch die Verantwortung und Informationspflicht?

14. In der Braunschweiger Zeitung stand am 4.10.12 ein Interview mit Herrn Breckow, dem Präsidenten des Fachverbandes für Strahlenschutz. Darin sagt er:  
„*Neuere Berechnungen zeigen, dass die Asse bei Anwendung realistischer Randbedingungen durchaus die Kriterien für eine Langzeitsicherheit erfüllen kann.*“  
Welche Reaktionen solche Äußerungen bei der Bevölkerung auslösen sollen, ist klar.

Quelle: <http://www.braunschweiger-zeitung.de/nachrichten/Niedersachsen/bergung-des-asse-muells-waere-mehr-schaden-als-nutzen-id772774.html>

Sind Ihnen diese "neueren Berechnung" bekannt?

Wenn ja, von wann sind sie, wer hat sie bei wem in Auftrag gegeben und was wurde konkret mit welchem Ergebnis „berechnet“? (Unsere Anfrage bei Herrn Breckow wurde noch nicht beantwortet.)

Wenn nein, warum hat das BfS keine entsprechende Stellungnahme bzw. Gegendarstellung veröffentlicht?

Sollte es keine "neueren Berechnungen" geben, bitten wir Sie, Herrn Breckow aufzufordern, diese Aussagen zurückzunehmen und zukünftig zu unterlassen.

Außerdem bitten wir Sie, das BfS aufzufordern, je nach Sachstand eine entsprechende Pressemeldung zu den Aussagen abzugeben.

15. Am 24./25.9.12 veranstaltete das BfS einen Workshop zum Thema „Beschleunigung der Rückholung“, an dem **110 Experten aus dem ganzen Bundesgebiet** teilnahmen. Siehe [http://www.endlager-asse.de/SharedDocs/Termine/DE/2012/0925\\_asse\\_fachtagung.html](http://www.endlager-asse.de/SharedDocs/Termine/DE/2012/0925_asse_fachtagung.html)

Die bisher bekannten Ergebnisse:

Die Zeitersparnis bei der Faktenerhebung und die Arbeiten, die parallel gemacht werden können und müssen, sind absolut nicht neu, sondern seit langem Forderung der Bürgerinitiativen. Auch die kontaminierte Lauge vor Kammer 12 zum Anmischen von Sorelbeton zu nutzen, um damit Hohlräume zu betonieren, ist keine neue Idee.

Warum wurden die Vorschläge, die schon lange vorlagen, nicht schon lange umgesetzt, sondern jetzt als neue Ergebnisse des Workshops dargestellt?

Welchen Stellenwert haben die Vorschläge aus der Begleitgruppe bzw. den Bürgerinitiativen?

Gab es wirklich neue Vorschläge des Workshops?

Wenn ja, welche?

16. Wir haben schon mehrfach den Vorschlag gemacht, die Schachanlage in mehrere Atomanlagen aufzuteilen, damit mit der Räumung einzelner (leicht zugänglicher) Kammern begonnen werden kann. Beim bisherigen Vorgehen muss auf den Abschluss der Faktenerhebung und die Gesamtgenehmigung gewartet werden. Schon 2009 gab es einen Vorschlag des Betriebsrats, mit der Räumung der Kammer 4 zu beginnen.

Sehen auch Sie in diesem Vorgehen einen Zeitgewinn?

Wie hat das BfS bzw. haben die Experten diesen Vorschlag diskutiert und bewertet?

17. Die Stelle, an der Schacht 5 abgeteuft werden soll, ist seit langem bekannt. Im Frühjahr dieses Jahres ließ der Landkreis die Stelle roden.

Warum wurde noch nicht mit der Probebohrung begonnen?

18. Bisher gibt es einen einzigen Alternativstandort. Die Probebohrung sollte dort gleichzeitig erfolgen, damit keine Zeit verloren geht, wenn der erste Standort nicht geeignet ist.

Ist die gleichzeitige Probebohrung am Alternativstandort geplant?

19. Lt. Angaben des BfS soll/muss/wird das Abteufen des Schachtes heute länger dauern als vor 100 Jahren.

Warum ist das so, obwohl der Schacht nach Bergrecht abgeteuft werden soll?

20. Für die Bevölkerung ist kaum nachvollziehbar, warum die erste Kammer gerade an der Stelle angebohrt wird, an der der vorherige Betreiber eine ca. 20 m dicke Wand errichten ließ, um die Kammer für immer zu verschließen, zumal die Kammer gar nicht an dieser Stelle geöffnet

werden soll.

Warum wurde diese Stelle für das Anbohren ausgewählt?

Seit wann ist geplant, die 750m-Sohle, auf der diese Kammer liegt, im Rahmen der Notfallplanung zu verfüllen.

21. Wir halten es für dringend erforderlich, dass es für jede Maßnahme/Arbeit einen Plan B gibt, damit nicht erst neu überlegt und beantragt werden muss, wenn Plan A scheitert. Auch das würde Zeit sparen.

Gibt es für jede Maßnahme/Arbeit einen Plan B?

22. Die Bergung des Atommülls stellt alle Beteiligten vor neue Fragen. Zur Lösung brauchen wir auch Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. In unserer Region ist u. a. mit der Ostfalia - Hochschule für angewandte Wissenschaften, der Technischen Universität Braunschweig und der DLR (Projektträger des Bundes für Robotik) Potential vorhanden. Es bietet sich an, die Bergung durch entsprechende Forschungsförderung dieser Institutionen zu unterstützen. Dazu ist eine direkte Zusammenarbeit mit der praxisorientierten Asse GmbH erforderlich. Die Asse GmbH braucht dazu mehr Kapazitäten, entsprechendes Management und Kompetenzen. Profitieren könnten alle - die Rückholung, die Forschung und die Region bzw. die Menschen in der Region, die sogar doppelt.

Wurde schon ein Auftrag zur Entwicklung der Bergetechnik erteilt?

Wenn ja, an wen?

23. Auf der Internetseite des Bundesumweltministerium

[http://www.bmu.de/atomenergie\\_ver\\_und\\_entsorgung/endlagerung/asse/doc/40319.php](http://www.bmu.de/atomenergie_ver_und_entsorgung/endlagerung/asse/doc/40319.php)

steht immer noch

*„Aber auch bei der Rückholung gibt es noch offene Punkte, die die Realisierbarkeit schwieriger als geplant gestalten können. Als grundlegende Unsicherheiten sind vor allem der Zustand der Einlagerungskammern und Abfallgebinde, das radiologische und chemotoxische Inventar **sowie die Möglichkeit der Nachweisführung der Langzeitsicherheit bei der Vollverfüllung zu nennen.**“*

und

*„Aufgrund der derzeitigen Erkenntnisse erscheint zwar die Rückholung der Abfälle als die beste Lösung, jedoch ausschließlich dann, **wenn ein Großteil der Abfälle herausgeholt werden kann und tatsächlich kein Langzeitsicherheitsnachweis für die Vollverfüllung geführt werden kann.**“*

Diese Textstellen habe wir schon mehrfach schriftlich und mündlich kritisiert. **Auf der öffentlichen Veranstaltung im Januar 2012 in der Stadthalle in Braunschweig und bei unserem Besuch im Bundesumweltministerium sagte uns Frau Heinen-Esser zu, die Inhalte zu überarbeiten.**

Warum wurde die wiederholte Zusage bis heute nicht umgesetzt?

Glauben Sie ernsthaft, dass ein Langzeitsicherheits“nachweis“ für den Verbleib des Mülls erbracht werden kann - und das für die nächsten 1 Mio. Jahre?

**Wir halten es für dringend erforderlich, dass diese Fragen geklärt werden. Die Klärung und Abstellung der Ursachen birgt für die Zukunft ein erhebliches Beschleunigungspotential und vermeidet (evtl. falsche) Schuldzuweisungen.**

**Im Rahmen der „praktischen Bürgerbeteiligung“ und der versprochenen Transparenz bitten wir Sie uns – und die Öffentlichkeit insgesamt – über Ihre Ergebnisse zu informieren.**

Das Misstrauen, das heute besteht, entsteht durch die oben geschilderten Erfahrungen, nicht durch die

„Erfahrungen mit dem früheren Betreiber“.

Auf der letzten öffentlichen Veranstaltung war deutlich zu spüren, dass sich die Bevölkerung nicht mehr damit zufrieden gibt, wenn sich das BfS nur mantramäßig für die Rückholung ausspricht. Wir – die Menschen hier - wollen, dass Taten folgen. Die sind und waren auch ohne Lex Asse möglich.

**Aber auch von den Politikern – und insbesondere von Ihnen - erwarten wir, dass sie sich nicht auf ihr verbales Bekenntnis zur Rückholung beschränken und dabei zusehen, dass das Projekt so geführt wird, als ob wir ewig Zeit hätten.**

**Sie haben sich als Bundesumweltminister öffentlich für die Rückholung ausgesprochen. Nun erwarten wir, dass sich Ihr gesamtes Ministerium (einschließlich der dortigen Gegner der Rückholung) für die Rückholung einsetzt, den Rückholungsprozess überwacht und mit allen Mitteln beschleunigt. Nochmals: Damit meinen wir nicht (nur) eine Lex Asse.**

**Das setzt voraus, dass die Mittel zur Verfügung gestellt werden, und die Mittel wiederum tatsächlich für die Rückholung investiert werden.**

**Der parlamentarische Untersuchungsausschuss kam zu dem Ergebnis, dass in Asse II nie Atommüll eingelagert werden durfte. Verantwortlich waren Politiker, Wissenschaftler und die Atomindustrie. Wir haben einen Anspruch darauf, dass die Einlagerung rückgängig gemacht wird. Mit diesem Schreiben wollen wir dazu beitragen, dass kein verantwortlicher Politiker sagen kann, er habe von nichts gewusst.**

**Sollte von der Entscheidung für die Rückholung -aus welchem Grund auch immer- abgewichen werden, werden wir mit der Aufarbeitung der Versäumnisse, der Vertuschungen und Verzögerungen nicht 30 Jahre warten – dieses Mal nicht. Dieses Mal werden wir die Verantwortlichen persönlich zur Rechenschaft ziehen und nicht die Verjährungsfrist abwarten. Das werden wir nicht unseren Kindern und Enkeln überlassen, das sind wir ihnen schuldig.**

**Wir möchten Sie auch an die To-do-Liste erinnern, die wir Ihnen, Herr Altmaier, mit Schreiben vom 18.7.12 übersandt haben. Wir sind gespannt, wie viele Punkte bis zu Ihrem nächsten Besuch abgehakt werden können.**

**Wir haben positiv registriert, dass Sie vor kurzem Ihren Besuch für dieses Jahr erneut bestätigt haben und setzen darauf, dass Sie nicht mit leeren Händen kommen. Haben Sie den Termin für Ihren Besuch schon festgelegt?**

**Teilen Sie uns bitte rechtzeitig Termin für Ihren Besuch mit und beantworten Sie bitte unsere Fragen.**

Mit freundlichem Gruß aus dem wunderschönen Wolfenbüttel  
Wolfenbütteler AtomAusstiegsGruppe (WAAG)  
und viele besorgte Bürgerinnen und Bürger

i. A. Eleonore Bischoff

... weil wir für unser Leben gern hier leben.

PS: Kennen Sie eigentlich unser Wohlfühlbüttel mit all seiner Kultur und *unsere* Asse?